



BERLININFO

NR. 7

28. April 2017



Mechthild Heil MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Union hat das Niveau vor der Kanzlerkandidatur von Martin Schulz fast wieder erreicht (37% laut ZDF-Politbarometer, 28.4.2017). Wir haben eine hervorragende Bilanz und gute Umfragen.

Wenn wir jetzt auch noch unsere Mitglieder und Unterstützer motivieren mitzuhelfen, wird uns ein guter Wahlkampf gelingen. Wer mitmachen will, kann sich bei mir oder bei den CDU-Kampagnenplattform www.connect17.de melden.

M. Heil

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 77040
Fax (030) 227 76423

Schreiben Sie mit am Regierungsprogramm der CDU

Das Interesse an Politik ist in Deutschland groß. Das zeigen tägliche TV-Debatten, zahlreiche Neueintritte in Parteien sowie Beiträge und Kommentare in den sozialen Netzwerken. Dabei geht es im Bundestagswahljahr oft darum, wie wir in Deutschland zukünftig zusammenleben wollen. Die CDU möchte, dass Sie an dieser Debatte teilnehmen und hat eine Beteiligungskampagne zum Regierungsprogramm 2017 gestartet.

Was sind Ihre Vorstellungen für das Deutschland von morgen? Wo müssen wir noch besser werden? Ihre Ideen sind uns wichtig und können noch online unter www.cdu.de/schreibe-zukunft/ eingebracht werden.



Energiewende gestalten

„Wir brauchen ein Dreieck aus sicherem, umweltschonendem und bezahlbarem Energieverbrauch“ verkündete Angela Merkel am Montagmittag bei dem 9. Energiepolitischen Dialog der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Es sei, so die Kanzlerin, vor allem die Gestaltung eines politischen Rahmens für die Energiewende wichtig, deren größte Säule die erneuerbaren Energien darstellen würden. Für das Gelingen der Energiewende sei daher vor allem eine systemische und europäische Herangehensweise von Bedeutung. Auf dem 9. Energiepolitischen Dialog der CDU/CSU-Fraktion, der unter dem Titel

„Spannungsfeld Energiewende – Die Energiewende wirtschaftlich gestalten“ stand, diskutierten neben Angela Merkel Politiker, Wissenschaftler und Vertreter der Wirtschaft über den bisherigen Kurs der Energiewende und ihre zukünftige Ausgestaltung. Sowohl Volker Kauder und Thomas Bareiß, Energiebeauftragter der CDU/CSU-Fraktion, als auch Dr. Heinrich Hiesinger, Vorstandsvorsitzender bei thyssenkrupp, Prof. Dr. Robert Schlögl, Direktor am Max-Planck-Institut für Chemische Energiekonversion, Dr. Johannes Teysen, Vorsitzender des Vorstands bei E.ON SE, und Dr. Marie-Luise Wolff-Herwig, Vorstandsvorsitzende bei der ENTEGA AG, lieferten wichtige Diskussionsimpulse. Im Zentrum des Dialoges stand trotz unterschiedlicher Blickwinkel und Interessen bei allen Teilnehmern eine Überzeugung: Die Energiewende kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie einen systemischen Ansatz verfolgt, langfristig angelegt ist, allen Beteiligten Planungssicherheit bietet und über die nationale Ebene hinausgeht. Von Deutschland werden nur 2% der weltweiten CO₂-Emissionen ausgestoßen. Eine Reduzierung der Emissionen ist daher nur dann wirklich sinnvoll, wenn es uns gelingt, auf europäischer und internationaler Ebene Entscheidungen zu treffen. Unsere Politik kann auf nationaler Ebene den Rahmen für die Energiewende vorgeben und dafür sorgen, dass Deutschland auch weiterhin als positives Beispiel vorangeht und so andere Länder zur Nachahmung anregt.



Kriminalität bekämpfen - Bürger und Staat schützen

„Es darf in Deutschland keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben“, das verkündete Unionsfraktionsvize Stephan Harbarth im Hinblick auf den Tag der Inneren Sicherheit der CDU/CSU-Fraktion am vergangenen Mittwoch. Doch neueste Zahlen zeigen, dass das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, in Deutschland sehr unterschiedlich verteilt ist. So liegt es in Nordrhein-Westfalen um 70 Prozent höher als in Bayern und in vielen SPD geführten Bundesländern, wie in Rheinland-Pfalz, ist die Polizeidichte im bundesweiten Vergleich gering. Daher diskutierte die Fraktion auf dem Thementag mit Experten wie Angela Merkel, Thomas de Maizière, Roswitha Müller-Piepenkötter, der Bundesvorsitzenden Weißer Ring e.V., Rainer Wendt, dem Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft und vielen weiteren über die Innere Sicherheit. Mit der Veranstaltung unterstreicht die Uni-

onsfraktion, dass sie der Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern höchste Priorität einräumt. Ein Schwerpunkt des Tages der Inneren Sicherheit war die IT-Kriminalität. Hier ist vor allem der starke Anstieg von plus 53,8 Prozent laut der Kriminalitätsstatistik 2016 sehr besorgniserregend. Da der Staat die Verantwortung für eine funktionierende Innere Sicherheit trägt, haben wir bereits 2016 massiv in den Bereich der Inneren Sicherheit investiert und den bedenklichen Entwicklungen mit zahlreichen Gesetzesvorhaben entgegen gewirkt. Bis 2020 werden 10.000 neue Stellen bei der Bundespolizei und den Sicherheitsbehörden des Bundes geschaffen sowie rund zwei Milliarden Euro zusätzlich in ihre Ausstattung und Ausrüstung investiert. Doch auch die Bundesländer müssen ihren Beitrag leisten: Wer Verbrechen erfolgreich bekämpfen will, muss mehr Polizistinnen und Polizisten einstellen. Das gilt auch und besonders für Rheinland-Pfalz.

Tag der Inneren Sicherheit

Bürger und Staat schützen

Kriminalität, Terrorismus und Cyberattacken wirksam bekämpfen

#sicherheit2017



Der Preis ist dynamisch

Am Donnerstag habe ich beim Parlamentarischen Abend des Händlerbundes mit den Teilnehmern über Preisgestaltung im Onlinehandel diskutiert. Verbraucherschützer haben die Befürchtung, dass in Zukunft Preise individuell auf den Kunden abgestimmt werden. Ein wenig kennen wir das heute schon. Wenn man z.B. um den Preis handelt oder etwa am Ende des Wochenmarktes die letzten Erdbeeren billiger sind. Die Möglichkeit Preise im online Handel zu individualisieren geht aber noch viel weiter. Die Vorstellung ist, demjenigen, der nachweislich bei Produkten schon mal mehr gezahlt hat, auch zukünftig einen höheren Preis anzubieten. Oder jemanden, der von einem teuren Applegerät ins Netz geht eine größere Zahlungsbereitschaft zu unterstellen, als jemand, der am PC sitzt. Realität ist das heute noch nicht, aber wir waren uns alle einig: keiner will in dieser Weise individualisierte Preise. Wir werden die Entwicklung beobachten und notfalls gegensteuern.



Mit Zuversicht in die nächsten Wochen und Monate

Wir kommen gestärkt und zuversichtlich aus der Osterpause. Der Wahlsieg von Annegret Kramp-Karrenbauer im Saarland hat uns allen in der Union gut getan. Er gibt den Wahlkämpfern in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen Rückenwind und Mut für die letzten Wochen. Zudem hat die CSU ihre wichtigsten Personalfragen geklärt, das ist gerade für uns in der gemeinsamen CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine erfreuliche Nachricht. Geschlossen gehen wir in die nächsten Wochen, um den wahlkämpfenden Landesverbänden in Düsseldorf und Kiel eine Hilfe zu sein.

Das Ergebnis der ersten Runde der Präsidentenwahl in Frankreich macht uns optimistisch, dass am 7. Mai 2017 bei der Entscheidung die Vernunft obsiegt und Emmanuel Macron gewählt wird. Wichtig ist, dass den Populisten von links und rechts nicht nur in Frankreich und bei den Unterhauswahlen im Vereinigten Königreich eine Absage erteilt wird, sondern auch bei uns in Deutschland. Unsere Haltung in dieser Frage ist glasklar: Wir werden nach der Bundestagswahl keine Koalition mit Populisten eingehen – weder mit linken noch mit rechten.

Diese Klarheit fehlt bei den Sozialdemokraten: Sie arbeiten ganz bewusst für ein Bündnis mit der Linkspartei, wie das Treffen in dieser Woche von rot-rot-grünen Bundestagsabgeordneten eindrucksvoll zeigt. Wir werden den Menschen in den kommenden Monaten bewusst machen, dass es besser ist, mit Angela Merkel als Bundeskanzlerin in die Zukunft zu gehen als unter Rot-Rot-Grün zurück in die Vergangenheit.

Wichtige Schritte zu mehr innerer Sicherheit

Mit einer ganzen Reihe von Sicherheitsgesetzen verbessern wir in dieser Woche die Sicherheitsstruktur in unserem Land. Die Reform des BKA-Gesetzes schafft den rechtlichen Rahmen für eine grundlegende Modernisierung der polizeilichen IT-Systeme. Es ist für die Alltagsarbeit der Polizisten und Kriminalbeamten von unschätzbarem Wert, wenn die IT-Systeme auf der Höhe der Zeit sind. Nur so ist der Wettlauf mit den Kriminellen zu gewinnen.

Wir schaffen zudem in dieser Woche die Voraussetzung, um Flugpassdaten zur Aufdeckung und Verfolgung terroristischer Straftaten und schwerer Kriminalität zu nutzen. Für dieses Vorhaben haben wir jahrelang auf EU-Ebene

gekämpft und erst die Terroranschläge in Frankreich haben die linken Parteien im Europäischen Parlament einlenken lassen.

Ein besonderes Anliegen der Union ist der stärkere Schutz von Polizisten und anderen Einsatzkräften bei gewalttätigen Übergriffen. Die alarmierenden Zahlen aus der aktuellen polizeilichen Kriminalstatistik in diesem Bereich zeigen die Dringlichkeit dieses Anliegens. Das sind wir all jenen schuldig, die tagtäglich den Kopf für uns alle hinhalten. Zugleich greifen wir bei der unterlassenen Hilfeleistung die Problematik der „Gaffer“ auf, die die Einsatzkräfte in unverantwortlicher Weise bei ihrer Arbeit behindern.

Schließlich zeigen die aktuellen Zahlen auch: Dort, wo die Union den Innenminister, stellt lebt es sich sicherer. In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein ist das Risiko, Opfer eines Einbruchs zu werden, fünfmal so hoch wie in Bayern. In Baden-Württemberg gibt es die wenigsten Straftaten pro 100.000 Bürger. Nordrhein-Westfalen hat die schlechteste Aufklärungsquote von allen Flächenländern. Wir werden daher im Plenum und am Mittwoch bei unserem Fraktionskongress „Tag der inneren Sicherheit“ und beim Empfang mit der Bundeskanzlerin zeigen: CDU und CSU sind die Parteien der inneren

Gäste aus den Kreisen Mayen-Koblenz und Ahrweiler in Berlin

Gespräche im Deutschen Bundestag und Auswärtigem Amt, Besuch in der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen und im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie eine Stadtrundfahrt durch Berlin. Das und noch mehr haben 50 Bürgerinnen und Bürger auf meine Einladung in Berlin erlebt. Ich hoffe, die Gruppe hatte eine gute Zeit und kann die vielen neuen Erfahrungen mit in die Heimat nehmen :-)



Daten und Fakten

Kriminalität steigt etwas, Einbruchszahlen sinken. Die in dieser Woche von Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière vorgestellte Polizeiliche Kriminalstatistik 2016 offenbart, dass die Anzahl der Straftaten gegenüber dem Vorjahr auf 6,373 Mio. gestiegen ist, dies bedeutet einen leichten Anstieg um 0,7 %. Die Aufklärungsquote ist konstant geblieben bei 56,2 %. Traditionell besonders hoch lag die Aufklärungsquote bei Tötungsdelikten mit 94,6 %. Bei allen Straftaten wurden etwa 2,360 Mio. Tatverdächtige ermittelt, davon waren 953.744 Ausländer. Rechnet man die ausländer-rechtlichen Verstöße heraus, ergeben sich 616.230 nicht-deutsche Tatverdächtige bei 2,022 Mio. Gesamttatverdächtigen; dies entspricht einem Anteil von 30,4 % ausländischer Tatverdächtiger. Zum Vergleich: Der Anteil von Ausländern an der Gesamtbevölkerung betrug zum 31.12.2015 rund 10,5 %.

In einzelnen Deliktsbereichen gibt es günstige Entwicklungen: So sind die Einbruchszahlen um 9,5 % auf 151.265 Fälle gesunken und erreichen damit etwas das Niveau des Jahres 2014, das seinerzeit einen Höchstwert seit 10 Jahren darstellte. Der Anteil der versuchten Einbrüche (von allen Einbrüchen) erreicht mit 44 % einen neuen Höchststand. Das zeigt, dass sich Prävention lohnt und wir mit dem von uns eingeführten KfW-Förderprogramm für Sicherheitsmaßnahmen wie sichere Fenster und Türen richtig liegen. Bei den Einbrüchen gibt es große regionale Unterschiede: Das Risiko, Opfer eines Einbruchs zu werden, ist in NRW und Schleswig-Holstein etwa fünfmal so groß wie in Bayern. Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben die schlechtesten Zahlen von allen Flächenländern, wenn man die Einbrüche in Relation zur Bevölkerung setzt. Auch gesunken ist die Anzahl der Ladendiebstähle, nämlich um 3,3 % auf 378.448 Fälle.

Dagegen ist die Anzahl der Gewaltdelikte um 6,7 % auf 193.542 ebenso gestiegen wie Straftaten gegen das Waffengesetz (um 14,8% auf 34.443 Fälle). Rauschgiftdelikte legten um 7,1 % zu auf 302.594 Fälle.